

BESCHLUSS

RESOLUTION

MILCHDUMPING BEENDEN - PREISVERFALL DURCH VERNÜNFTIGE MENGENSTEUERUNG STOPPEN

Traditionelle Milchbauern in Baden-Württemberg sind durch die niedrigen Milchpreise und die verfehlte Politik von EU, Bundes- und Landesregierung in ihrer Existenz bedroht. Ob Höhenlandwirtschaft im Schwarzwald oder kleinere Bio-Bauernhöfe, ein flächendeckendes Höfesterben hätte fatale Folgen für die ganze Bevölkerung.

Die ruinösen Milchpreise sind von Landes-, Bundesregierung und EU-Kommission durch die Beschlüsse zur Milch-Mengenerhöhung bewusst politisch herbeigeführt worden. Es wird konstant über Bedarf produziert und damit der Preisverfall bewirkt. Das ist nicht marktgerecht, sondern es werden durch fehlende Regulierung die Wirkungen von Angebot und Nachfrage-Mechanismen missachtet – schließlich produziert auch kein Unternehmen mehr, als es absetzen kann. Die Landwirtschaft wird über die Dumping-Preise bei Lebensmitteln als Inflationsbremse und „3. Konjunkturpaket“ missbraucht – zur Ankurbelung des Konsumgüterabsatzes. Notwendig ist eine wirksame Begrenzung der Milchmenge auf EU-Ebene. Im Zweifelsfall setzen wir uns aber auch für nationale Regelungen ein, um die Milchpreise zu stabilisieren.

CDU, FDP, SPD, EU-Kommission und der Deutsche Bauernverband setzen hingegen in der Landwirtschaft auf industrielle Massenproduktion für den Weltmarkt, Deregulierung und Dumpingpreise und damit genau auf die Instrumente, die uns bei den Finanzmärkten soeben in die Krise geführt haben. Diese neoliberale Politik wird mit nahezu einer Milliarde Euro an Steuermitteln gefördert und die Übermengen mit Exportsubventionen in die Weltmärkte gedrückt – zu Lasten der Bauern hier und in den Entwicklungsländern.

EU und Bundesregierung stecken immer noch zusätzliche Millionen ins „Weiter so“ bei der Milch, anstatt die Weichen endlich umzustellen. Ein weiterer EU-Milchfonds von 280 Millionen Euro ändert nichts an der Überproduktion als Problemursache, zumal diese Summe umgelegt auf die einzelnen Betriebe weniger als 1000 Euro pro Hof bedeutet. Auch das im Koalitionsvertrag vereinbarte „Grünlandmilchprogramm“ über 500 Millionen Euro ist zwar eine willkommene Hilfe, ändert aber nichts am Grundproblem der Überproduktion und dem daraus resultierenden Preisdumping. Eine spürbare Mengenreduzierung kann auch eine (durchaus sinnvolle) Ausweitung des Schulmilchprogramms nicht leisten. Ministerin Aigner und die CSU setzen sich medienwirksam als Retterinnen der Milchbauern in Szene, lassen aber die wirklich wirksamen nationalen Steuerungsmöglichkeiten zur Marktentlastung wie z.B. die Aufhebung der Saldierung ungenutzt. Mit reiner Symbolpolitik ist den Landwirten nicht geholfen. Leider gibt es Anzeichen, dass sich diese Untätigkeit auch beim Umgang mit der neuen Möglichkeit der freiwilligen Quotenstilllegung durch die EU-Mitgliedsstaaten fortsetzt, obwohl dieses Instrument eine merkbare Marktentlastung bringen könnte.

Milchfonds, Exportsubventionen und Kredithilfen sind reine Steuervernichtung und Sterbehilfe für die Betriebe, wenn nicht endlich der Milchwahn zgedreht wird. Tausende von Betrieben und Arbeitsplätzen stehen in Baden-Württemberg vor dem Aus, wenn sich die Politik nicht schnell ändert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Milchviehhalter in ihren Protesten gegen die Politik von Bundes- und Landesregierung, die die Agrarproduktion zu Lasten von Menschen, Tieren und Umwelt unter Ausnutzung der letzten Ressourcen intensivieren will. Das Agrarbündnis, die Umweltverbände wie der BUND, der Deutsche Tierschutzverband, die Gewerkschaften, die Kirchen, über 40 WirtschaftswissenschaftlerInnen, die französische Regierung, viele europäische

Bauernverbände und der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) fordern ebenso wie der Europäische Rechnungshof eine Abkehr von der Massenproduktion für den Weltmarkt und eine sinnvolle Regulierung des Milchmarktes. Die Bauern demonstrieren seit vielen Monaten, treten massenhaft aus dem Deutschen Bauernverband aus und wenden sich von der CDU/SPD/FDP-Agrarpolitik ab, weil sie deren Politik für Massenproduktion und Agrogentechnik nicht mehr mittragen wollen. Die Einrichtung einer High-Level-Group der EU-Mitgliedsstaaten, welche Lösungsvorschläge für den Milchmarkt inklusive eine Regelrahmens erarbeiten soll, ist ein wichtiger Erfolg der Proteste. Die EU-Mitglieder müssen diese Chance nutzen und die zügellose Liberalisierung des EU-Milchmarktes endlich stoppen.

Unser Einsatz für den Erhalt der bäuerlichen Milchbetriebe ist Teil unseres Kampfes um die Zukunft der europäischen Landwirtschaft überhaupt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen auf eine Politik, deren Maßstab ein nachhaltiger und sorgsamer Umgang mit Mensch, Umwelt und Tier ist. Nicht quantitatives Wachstum, sondern Wertschöpfung, Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, Umwelt- und Tierschutz, Qualität, Einkommen und Arbeitsplätze sind unsere Ziele. Dies gewährleisten am besten bäuerliche mittelständische Betriebe im Land statt Agrarfabriken und Massentierhaltung, welche Massen an importierten Futtermitteln aus Gen-Soja verbrauchen und mit Turbokühen immer kürzerer Nutzungsdauer in tierquälerischer Weise Milch erzeugen. Wir wollen keine Landwirtschaft in der Hand einiger weniger Agrarkonzerne, sondern klima-, umwelt- und tiergerechte Betriebe, die die Menschen mit guten Lebensmitteln regional versorgen.

Wir fordern wie der Bund der Milchviehhalter eine Modernisierung des Milchmengen-Regulierungssystems zur Anpassung von Angebot und Nachfrage und eine sofortige nationale Reduzierung der Milchmenge. Damit könnten die Erzeugerpreise wirksam stabilisiert werden, ohne einen Cent zusätzliche Steuergelder auszugeben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Bundesregierung auf:

- ◆ durch eine stringenter Milchkpolitik auf nationaler und EU-Ebene zu erreichen, dass die nachhaltige Qualitätsmilcherzeugung zu fairen Erzeuger- und Verbraucherpreisen dauerhaft möglich bleibt,
- ◆ die „Saldierung“ auf nationaler Ebene aufzuheben und sich für eine Mengenreduzierung auf EU-Ebene einzusetzen, um die Erzeugerpreise zu stabilisieren,
- ◆ die Weiterführung bzw. Modernisierung des Milchmengenregulierungs-System auch nach 2015 zu unterstützen,
- ◆ für eine sofortige Beendigung der Exportsubventionen einzutreten, die die Märkte in den Entwicklungsländern zunichte machen,
- ◆ die Agrarförderpolitik verstärkt auf Qualität, regionale Erzeugung und Verarbeitung, Klimaschutz, umwelt- und artgerechte Tierhaltung auszurichten – inklusive einer verbesserten Förderung des ökologischen Landbaus,
- ◆ ein Programm zur Förderung fairer und gentechnikfreier Milch aufzulegen,

in Zusammenarbeit mit den Ländern ein Programm zur besseren, gesunden, flächendeckenden und für die Eltern preiswerten oder kostenlosen Kindergarten- und Schulernährung inklusive Umsetzung des EU-Schulmilchprogramms zu erarbeiten.